

26. März 2025

Postulatvon Samuel Balsiger (SVP)
und Michele Romagnolo (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der «Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich» Artikel 8, Absatz 2 der Grenzbetrag von 100 000.- auf 90 000.- gesenkt werden kann.

Begründung:

Bis zum Grenzbetrag bezahlen Eltern nicht den Maximaltarif und bekommen staatliche Subventionen für öffentliche Kita-Plätze ihrer Kinder. Der massgebende Betrag setzt sich aus dem Gesamteinkommen minus Abzüge zusammen. Mit einem massgebenden Betrag in der Steuerrechnung von 90'000.- können die Totaleinkünfte bei 150 000.-, 170 000.- oder höher liegen. Mit diesen finanziellen Mittel muss es möglich sein, ohne staatliche Unterstützung sein Leben bestreiten zu können.

Die Stadt Zürich gibt rund 100 Millionen Steuerfranken für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich aus. Für die Kitas sind es rund 90 Millionen Steuerfranken. Gemäss einem Bericht der Beratungsfirma KPMG, den die Stadt in Auftrag gegeben hat, machte im Jahr 2019 die Hälfte der Kitas rückwärts. Die Hauptprobleme sind:

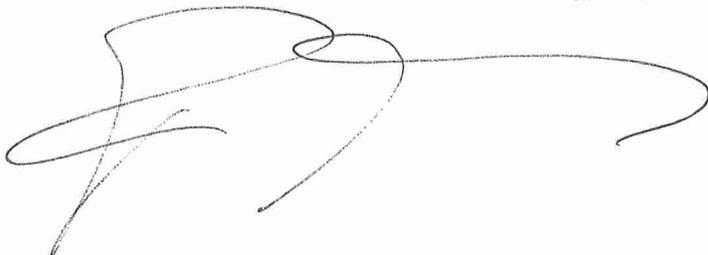
1. Die Überregulierung durch den Staat, welche den Betrieb der Kitas massiv verteuert (Belegungsvorschriften, Akademisierung der Angestellten, bauliche Vorschriftenchriften und unzählige weitere Auflagen);
2. Subventionen, welche unrentable Betriebe knapp am Leben halten und zu einem Überangebot führt, welche Millionen verschlingt und zu einem Fachkräftemangel führt.

Auch der Stadtrat sieht das System kritisch. Im Tages-Anzeiger-Artikel «Kitas wollen mehr Geld von der Stadt» vom 2. März 2022 steht:

«Das Sozialdepartement ortet das Hauptproblem im Überangebot an Kitas, das sich kürzlich gebildet hat. Der Anstieg ist beachtlich: 2016 boten 299 Kitas 5999 Betreuungsplätze. Vier Jahre später gab es fast doppelt so viele, 11'579 Plätze, verteilt auf 337 Kitas. «Die grosse Konkurrenz führt bei manchen Kitas zu einer zu tiefen Auslastung», sagt Heike Isselhorst, Sprecherin des Sozialdepartements. (...) «Es ist aber nicht die Aufgabe der Stadt, dieses Überangebot zu finanzieren.»»

Deshalb müssen strukturelle Reformen und ein Bürokratieabbau durchgeführt werden. Und der Staat muss aufhören, mit zu hohen Subventionen ein Überangebot am Leben zu halten.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit 2024/416



Samuel Balsiger